

INFOS

BISCHÖFLICHE
ARBEITSLOSENSTIFTUNG

P. b. b. – GZ 02Z033610M
Verlagspostamt: 4020 Linz

Arme nicht im Regen stehen lassen



In Österreich sind 1.563.000 Menschen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet



Werte, die uns stark machen

Die Chancen für 80.000 Kinder weiter zu verschlechtern, Familien in desolate Wohnungen zu treiben und Menschen mit Behinderungen weiter zu belasten, all das sind nicht die Werte, die uns stark gemacht haben.

Martin Schenk ist Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter der Diakonie und Mitbegründer der Armutskonferenz.

Der Verfassungsgerichtshof hat die Kürzung der Mindestsicherung aufgehoben. Das Gesetz verfehle „seinen eigentlichen Zweck, nämlich die Vermeidung und Bekämpfung von sozialen Notlagen bei hilfsbedürftigen Personen“, sagt der Verfassungsgerichtshof. Was wir daraus lernen sollten:

1. Verfassung und die Menschenrechte als unsere gemeinsamen Werte achten – gerade bei Minderheiten und Armutsbetroffenen nicht schauen „was geht“ und sehenden Auges verfassungsrechtlich und auch menschenrechtlich bedenkliche Gesetze beschließen.

2. Genau hinsehen: „Asyl“ wird gesagt, aber gestrichen wird dann bei allen. Dies zeigen die aktuellen Zahlen für Niederösterreich. Die Existenzkürzungen betreffen Familien, PensionistInnen, Menschen mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen, ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchende gleichermaßen. Nur jeder Siebente von der Deckelung der Mindestsicherung Betroffene ist asylberechtigt.

In Österreich sind 80.000 Kinder auf die Mindestsicherung angewiesen. Die vorgesehenen Kürzungen treffen sie am meisten. Eine aktuelle Studie der Statistik Austria gibt ein realistisches Bild über die Lebensbedingungen von Menschen mit Mindestsicherungsbezug. Es sind:

28% arbeitslos

25% PensionistInnen

21% krank oder behindert

21% erwerbstätig

Was auffällt beim Vergleich der Durchschnittsbevölkerung zu MindestsicherungsbezieherInnen:

Doppelt

so hoch ist der Anteil chronisch kranker Menschen.

Dreimal

so hoch ist der Anteil von Menschen mit Pflegegeldbezug.

Viermal

so hoch ist die Zahl der Menschen mit Behinderung.

Starke negative Effekte werden bei der Wohnsituation von BMS-BezieherInnen sichtbar: Viele können ihre Wohnung im Winter nicht heizen und müssen unter desolaten Wohnbedingungen (feucht, beengt oder dunkel) leben.

Massiv sind die Auswirkungen auf Gesundheit, Chancen und Teilhabe bei Kindern. Die Gefahr des sozialen Ausschlusses bei Kindern zeigt sich in den geringeren Möglichkeiten Freunde einzuladen, Feste zu feiern und an kostenpflichtigen Schulaktivitäten teilzunehmen.

Kürzungen treffen alle

Was in der Diskussion völlig verschwiegen wird: In den meisten Bundesländern ist die Mindestsicherung das finanzielle Existenzminimum für Menschen mit Behinderung, wenn sie zu Hause leben. Deren besondere Bedürfnisse werden durch die Mindestsicherung nicht bezahlt.

Auf „die Flüchtlinge“ zeigen die Regierenden, die Bedingungen verschärfen sie aber für alle. Das ist das Geschäft von Trickdieben: Es braucht immer einen, der ablenkt, damit dir der andere die Geldbörse aus der Tasche ziehen kann. Die „Ausländer“ werden ins Spiel gebracht, weil sie sonst die Kürzungen für alle nicht durchsetzen könnten. Keiner alten Frau, keinem Menschen mit Behinderung, keinem Niedriglohnbezieher geht es jetzt besser. Im Gegenteil. Die Pläne mit Abschaffung der Notstandshilfe, Streichung der Hilfen am Arbeitsmarkt oder Kürzungen bei chronisch Kranken belasten gerade diejenigen, denen wegen der „Flüchtlinge“ Gerechtigkeit verspro-

chen wurde. Die Kürzung der Familienberatungsstellen österreichweit, der Stopp des Ausbaus von Ganztagschulen und das Einfrieren von Investitionen in Kindergärten geht zu Lasten von Kindern in Haushalten mit niedrigem Einkommen.

„Ich soll einen Kommentar schreiben“, erzähle ich Stefanie, drei Kinder, krank, prekäre Jobs und immer wieder Mindestsicherung. „Schreib, was ich mir am meisten wünsche“, sagt sie, „Gesundheit und dass es meinen Kindern einmal besser geht.“ In ganz Österreich werden die Subventionen dringend benötigter sozialer Einrichtungen gekürzt oder ganz gestrichen.

Was macht nun die Regierung, um von diesen Folgen abzulenken? Genau, sie verkündet ein „Ausländer-sparpaket“, damit alle glauben, das trifft sie nicht und so können Kürzungen im Sozialstaat reibungslos durchgesetzt werden. Sie verpackt darin Maßnahmen wie die Einstellung des Fahrtendienstes im Salzkammergut oder die Kürzung der Familienberatungsstellen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Kürzungspaket bei Kindern, Arbeitssuchenden, Kranken und Familien im unteren Einkommensviertel. „Wenn sie „Ausländer“ sagen, meinen sie uns alle.“, weiß Stefanie.

3. Das können wir lernen: Der Neid-Trick schadet einem selbst, weil man sich das, was einem nützt, selbst versagt. Er ist ein Instrument, um die auseinander zu treiben, die sich eigentlich zusammenschließen könnten, um ihre eigene Lebenssituation zu verbessern. Er ist ein Gift, das Leute mit ähnlichen Interessen spaltet. „Der Neid nützt den Trickdieben“, sagt Stefanie, „uns nicht.“

Ziel muss es doch sein, Existenz und Chancen zu sichern, nicht Leute weiter in den Abgrund zu treiben. Die Chancen für 80.000 Kinder weiter zu verschlechtern, Familien in desolate Wohnungen zu treiben und Menschen mit Behinderungen weiter zu belasten, all das sind nicht die Werte, die uns stark gemacht haben.



Armutsfalle Arbeitslosigkeit

Hans Schwarzbauer-Haupt, Abteilungsleiter „Beratung & Hilfe“ der Caritas für Menschen in Not schildert eine konkrete Situation aus der Sozialberatung.

Anna N. ist Alleinerzieherin mit zwei Kindern, 14 und 8 Jahre alt. Als sie vor einem Jahr ihre Arbeit verliert, bringt das die Familie in finanzielle Schwierigkeiten. Ihr Arbeitslosengeld ist so gering, dass sie und ihre Kinder eine Aufzahlung auf die Mindestsicherung von € 1.106,- erhalten. Zusammen mit den Alimenten und der Familienbeihilfe kann Anna N. davon gerade einmal die Kosten für Wohnung, Lebensmittel, Versicherungen und öffentlichen Verkehr begleichen. Kommen zusätzliche Ausgaben (Schulausgaben, Reparaturarbeiten, Nachzahlungen für Strom und Gas, etc.), fehlt das Geld dafür. Ende März beginnt Anna wieder zu arbeiten. Doch für einen Monat verschlechtert sich sogar ihre finanzielle Situation: Fehlt doch ab sofort das Arbeitslosengeld, und der Lohn kommt erst am Monatsende. Da sie nicht mehr weiß, wie sie für die Familie die Lebensmittel kaufen soll, wendet sich Anna N. an die Caritas-Sozialberatungsstelle. Zur Überbrückung der akuten Not erhält sie vom Caritas-Sozialarbeiter Lebensmittelgutscheine sowie Beratung, welche Hilfe sie sonst noch beantragen kann. Ihr hilft auch das Gespräch mit ihm, da sie sich ihre Sorgen einmal „von der Seele“ reden kann.

Im Krankenstand gekündigt

Im Juli kommt Anna N. erneut zur Caritas-Sozialberatung und ist verzweifelt: Sie hat einen Arbeitsunfall gehabt, ist nun vier Wochen im Krankenstand und währenddessen gekündigt worden. Außerdem schulde der Arbeitgeber ihr noch einen ganzen Monatslohn. Der Sozialarbeiter bestärkte sie darin, den Lohn über die Arbeiterkammer einzufordern. Bis das Geld auf ihrem Konto ist, dauert es noch weitere zwei Wochen. Damit die Familie bis dahin über die Runden kommt, gibt es von der Caritas erneut eine finanzielle Überbrückungshilfe. Dann erhält die Mutter zumindest auch wieder das Arbeitslosengeld.

Arbeitslosengeld sichert Existenz ganzer Familien

Speziell der Übergang von der Arbeitslosigkeit in eine Arbeit bzw. auch umgekehrt bringt große finanzielle

Engpässe, und die Menschen wissen nicht mehr, wie sie diese einnahmenlose Zeit überbrücken sollen. Wie bei Anna N. sichert das Arbeitslosengeld oft die Existenz von ganzen Familien, auch wenn die Höhe des Bezugs deutlich niedriger ist als das vorher erhaltene Einkommen durch die Arbeit. In Österreich liegt das Arbeitslosengeld außerdem deutlich unter dem EU-Schnitt. Es wird zwölf Mal im Jahr ausbezahlt und beinhaltet keine Sonderzahlungen im Sommer oder vor Weihnachten.

Kinderarmut ist erschreckende Realität

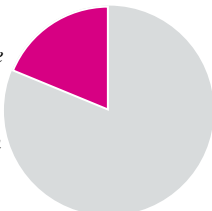
Steht mit der Schule ein Ausflug an, wird die Waschmaschine kaputt oder eine Stromnachzahlung flattert ins Haus, entsteht eine ausweglose Situation. Es sind neben Erwachsenen erschreckend oft auch Kinder, für die ein leerer Kühlschrank Realität ist. Neben Kindern und Jugendlichen aus Ein-Eltern-Haushalten sind es vor allem Familien mit drei und mehr Kindern, die es schwer haben, über die Runden zu kommen. Bei mehr als der Hälfte der Menschen, die sich im vergangenen Jahr an die Caritas-Sozialberatung gewendet haben, war Arbeitslosigkeit ein Beratungsthema.

Abschaffung der Notstandshilfe geplant

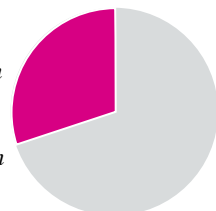
Derzeit können arbeitslose Menschen, bei denen die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes endet, beim AMS die Notstandshilfe beantragen. Voraussetzung dafür ist, dass sie Arbeit suchen und sich in einer Notlage befinden. Die Bundesregierung will dieses System nun ändern und plant, die Notstandshilfe abzuschaffen. Das hätte schwerwiegende Folgen für die Betroffenen, da sie dann nur die Mindestsicherung erhalten. Diese ist allerdings niedriger und wird erst ausbezahlt, wenn Ersparnisse bis zu einem Restbetrag von € 4.315,20 ausgegeben wurden. Der Zeitraum der Notstandshilfe ist für die Pensionsversicherung anrechenbar, bei der Mindestsicherung nicht. Das führt dazu, dass viele Menschen im Alter fast keine Pension bekommen werden. Ein Anstieg der Altersarmut ist damit vorprogrammiert und die Caritas-Sozialberatungsstellen werden dann noch viel mehr Menschen unterstützen müssen.

Finanzielle Einschränkungen für BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung

19% können die Teilnahme an Schulaktivitäten nicht bezahlen



30% müssen in beengten Wohnverhältnissen leben



28% können sich keine neue Kleidung kaufen



Lassen wir die Armen nicht im Regen stehen!

Darum bitten wir um

Ihre Spende an die

Bischöfliche Arbeitslosenstiftung

mit beiliegendem Zahlschein oder direkt

IBAN AT09 1860 0000 1065 3210



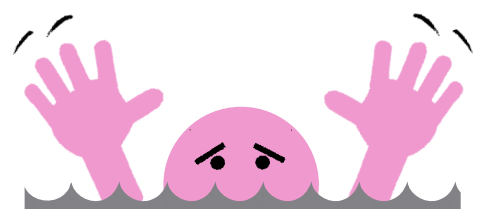
Genau betrachtet

Christian Winkler, Geschäftsführer der
Bischöflichen Arbeitslosenstiftung

Bei den Kürzungen von Sozialleistungen hören wir Argumente wie „Stärkung der Eigenverantwortung“ oder „zuerst ins Sozialsystem einzahlen, dann gibt's Leistungen daraus“. Das sind Argumente, die auf ein Sozialversicherungssystem wie Pensions- oder Arbeitslosenversicherung zutreffen können, aber in Bezug auf das unterste Sozialsystem falsch sind. Wer selber keinen Beitrag leisten kann, braucht solidarische Unterstützung, um in unser Existenzsicherungssystem, basierend auf Erwerbsarbeit mit Sozialversicherung, einsteigen zu können.

„Der Arbeits- oder Lehrstellenmarkt ist leergefegt“ ist eine weitere falsche Behauptung. Es mag schon zutreffen, dass Betriebe nun länger nach passenden Arbeitskräften suchen müssen, aber nach wie vor suchen hunderttausende Menschen teils schon verzweifelt einen existenzsichernden Arbeitsplatz. Wenn die erwarteten Qualifikationen nicht mitgebracht werden, dann braucht es mehr Ausbildungsplätze für arbeitslose Menschen. Bei den Lehrstellen wird oberflächlich mit 2.708 offenen Lehrstellen in OÖ und nur 1.038 Lehrstellensuchenden eine Krise dargestellt. Dabei sind 5.240 Jugendliche arbeitslos, in Schulung oder in überbetrieblichen Lehrausbildungen und suchen dringend einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb.

Den Druck auf von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen zu erhöhen, macht sie zu Schuldigen an ihrer Lage, das Fehlen hunderttausender Arbeitsplätze liegt aber in der gesellschaftlichen und politischen Verantwortung. Eine solidarisch finanzierte und organisierte Sozialversicherung hat uns stark gemacht und hat Bedürfnisse einzelner Menschen in die Verantwortung aller gelegt. Unser Wirtschaftssystem weiter neoliberal umzubauen, weiter auf das Recht des Stärkeren zu setzen oder dem Diktat der Märkte nachzugeben, das sind keine menschlichen Lösungen, die Ausbeutung von Mensch und Natur hier und weltweit wird vorangetrieben. Papst Franziskus benennt dies als „Fetischismus des Geldes“ und als „Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und wirklich menschlichem Ziel“ und fordert den „Vorrang des Menschen“.



Zu wenig zum Leben

1.416 Euro

**Referenzbudget:
Was jemand zum Leben
braucht**

1.238 Euro

**Armutsgefährdungsschwelle:
Da beginnt Armut**

921 Euro

**Bedarfsorientierte
Mindestsicherung
derzeit**

**Die Bedarfsorientierte
Mindestsicherung muss
dringend angehoben werden,
wenn wir Menschen nicht in die
Armut treiben wollen.**

TERMINAVISO

Tagung der Armutskonferenz

**Das ist doch
das Mindeste!**

mit Karin Heitzmann, Maria Kemmettmüller,
Walter Pfeil u.a.

Montag, 22. 10. 2018

10 – 17 Uhr

Österreichische Kontrollbank Wien

Nähere Informationen:

www.armutskonferenz.at

Hol Dir
Informationen zu

**JOBS
AUSBILDUNG
PRAKTIKUM
ZIVILDIENTST**
im Sozialbereich
in OÖ

connect
Karrieremesse
Sozialwirtschaft

20.11.2018

10 – 16 Uhr
FH OÖ - Campus Linz

Eintritt frei!

www.connect-sozialwirtschaft.at

**TEIL
MEINES
LEBENS.**

VKB | BANK

Aus Solidarität mit sozial benachteiligten Menschen:
Ihre Spende für die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung
IBAN: AT09 1860 0000 1065 3210

www.vkb-bank.at

Medieninhaberin und Herausgeberin: Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz, Domgasse 3, 4020 Linz, 0732 778 13 70, arbeitslosenstiftung@dioezese-linz.at, www.arbeitslosenstiftung.at. Sie können die Zusendung unserer Zeitung INFOS jederzeit bei oben angeführten Kontaktdaten widerrufen.
Redaktion: Barbara Mitterndorfer-Ehrenfellner, Kurt Rohrhofer, Christian Winkler. Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und der Herausgeberin. **Fotoquelle:** Bischöfliche Arbeitslosenstiftung (falls nicht anders angegeben). **Blattlinie:** Informationsorgan der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung. **Hersteller:** kb-offset, Kroiss & Bichler GmbH, Römerweg 1, 4844 Regau